

BUCHBESPRECHUNGEN

Al-Rebholz, Anl: <i>Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei</i> (Georg F. Simet).....	471
Cohn-Bendit, Daniel und Guy Verhofstadt: <i>Für Europa! Ein Manifest</i> (Julian Dörr).....	473
Friedrich, Stefan: <i>Soziologie des Genozids</i> (Richard Albrecht).....	474
Derya Gür-Şeker: <i>Transnationale Diskurslinguistik</i> (Georg Simet).....	476
Herman, Jost: <i>Verlorene Illusionen. Eine Geschichte des deutschen Nationalismus</i> (Richard Albrecht).....	478
Kailitz, Steffen und Patrick Köllner: <i>Autokratien im Vergleich</i> (Manuel Becker).....	479
Kielmansegg, Peter Graf: <i>Die Grammatik der Freiheit</i> (Julia Heydemann).....	481
Nusser, Karl-Heinz (Hg.): <i>Freiheit, soziale Güter und Gerechtigkeit</i> (Harald Bergbauer).....	482
Özkan, Hakan: <i>Quo vadis Türkei?</i> (Georg Simet).....	485
Jan Rehmann: <i>Max Weber: Modernisierung als passive Revolution</i> (Richard Albrecht).....	487
Schale, Frank / Ellen Thümler / Michael Vollmer (Hg.): <i>Intellektuelle Emigration</i> (Felix Rösch).....	488

Anl AL-REBHOLZ: *Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980, Bielefeld: transcript, 2012, 406 S., 33,80 €*

Die »Arbeit wurde als Dissertation [...] im Jahr 2008 eingereicht.« (S. 12) Warum sie aber erst in 2012 publiziert wurde, ist nicht angegeben. Das Buch ist laut Verfasserin in zwei Teile gegliedert. Der erste, vier Hauptkapitel umfassende Teil soll den »Beitrag des post-kemalistischen liberalen Zivilgesellschaftsdiskurses zur Herstellung des neuen, gesellschaftlich hegemonialen Konsensus im Zeitraum nach 1980« darlegen. (12) Der ebenfalls vier Hauptkapitel umfassende zweite Teil »fokussiert« sodann »die politische Praxis der ausgewählten oppositionellen Gruppen«. (34) Die behauptete Zweiteilung ist insofern nicht zutreffend, als das letzte, achte Hauptkapitel einen »Vorschlag für ein analytisches Modell zur Transformation hegemonialer Verhältnisse« unterbreitet, die Arbeit deshalb strenggenommen nicht zwei-, sondern dreigeteilt ist: Ausgehend von der Annahme eines *neuen gesellschaftlich hegemonialen Konsensus* nach dem Militärputsch von 1980 sollen im ersten Teil dessen Grundzüge herausgearbeitet werden, um anschließend im zweiten Teil aufzeigen zu können, inwiefern bestimmte Gruppen *gegen* diese Tendenz opponieren und dadurch eine »gegenhegemoniale Praxis« (27) zumindest initiieren. Der letzte, auf ein Hauptkapitel beschränkte Teil zeigt dann, welche *Transformation(en)* dieses Zusammenspiel von hegemonialer Grundbewegung und den dagegen opponierenden Gegenbewegungen zeitigt. Insofern liegt ein in sich stimmiges und plausibles, dialektisch orientiertes Gesamtkonzept vor – auch wenn dieses nur zum Teil umgesetzt wird.

Das erste Hauptkapitel trägt den Titel »Theorien zur Zivilgesellschaft«. Anstatt *ein* kohärentes Bezugssystem für die weitere Arbeit grundzulegen und zu entfalten, bietet die Autorin jedoch lediglich eine Diskussion von »Ansätzen [...] in der Literatur«, (S. 65) die weder ein diachrones noch synchrones Ordnungsmuster gesellschaftlicher Vorgänge erkennen lässt. Grundtenor und Hauptanliegen scheint zu sein, den behandelten Autoren »eine Dichotomie Staat vs. Gesellschaft« (65) zu

unterstellen und soweit möglich nachzuweisen. Denn nur so gelingt es Al-Rebholz, den Ansatz Gramscis, dem ein eigener, der zweite Hauptteil gewidmet wird, als Novum zu charakterisieren: »In vielen politischen Theorien wurden der Staat und die Gesellschaft miteinander kontrastiert und als zwei sich einander ausschließende Sphären betrachtet. Gramsci trennt erstmalig diese beiden Sphären nicht streng voneinander.« (S. 69)

Abgesehen davon, dass diese Behauptung stark pauschalisiert, ist die gewählte Perspektive sehr einseitig. Wie beispielsweise Andreas Wirsching im Kapitel über »Politische Anpassung und politischer Protest« in seinem Buch *Der Preis der Freiheit* (2012) darlegt, bildet aus Europa- und Globalisierungsperspektive, die bei Al-Rebholz insbesondere im letzten Hauptkapitel von Bedeutung ist, nicht so sehr das Verhältnis Staat / Gesellschaft als vielmehr das umfassendere von Politik / Gesellschaft ein Narrativ. Zudem ist auffällig, dass Gramsci nicht aus Sicht von Primär-, sondern ausschließlich aus Sicht von Sekundärquellen erschlossen wird. Nicht was er selbst, sondern nur was andere über ihn sagen, wird thematisiert. Eine in sich kohärente Gesamtsicht von Gramscis Hegemonisierungstheorem wird nicht geleistet; sie scheint sogar nicht mal intendiert zu sein.

Wie bereits im ersten stehen auch im zweiten, dritten und vierten Hauptkapitel Literaturbezüge im Mittelpunkt. Die Argumentation wird aus einzelnen Textbausteinen ausgewählt, in den Expertenrang erhobener Gewährsleute aufgebaut und wirkt insofern eher fragmentarisch gestückelt als ganzheitlich komponiert: Die Ansichten und Ergebnisse relevanter Studien der einzelnen Autoren werden vorgetragen, aber kaum diskutiert und dadurch relativ unkritisch als vermeintlich zutreffende Beschreibung für die gesellschaftlichen Prozesse, Befindlichkeiten, Zustände, etc. postuliert und verallgemeinert. Besonders deutlich wird dieses Verfahren im vierten Hauptkapitel: »Zur Einbettung des Zivilgesellschaftsdiskurses in der Periode nach 1980«. In ihm werden seitenweise insbesondere die Ansichten von Nurdan Gürbilek, Nilüfer Göle, Binnaz Toprak und Ahmet Oktay widergegeben. Dass diese Autoren wichtige Arbeiten verfasst haben, steht außer Frage. Der bloße Rekurs auf die Vorgänger-Studien indiziert jedoch, dass sich Al-Rebholz scheut, eine eigene Position auszubilden, methodisch zu untermauern und zu vertreten.

Die überzeugendsten Teile der Arbeit sind die Kapitel 5 bis 7, die sich mit den diversen

(Haupt-)Spielarten der Frauen-, Menschenrechts- und liberalen Bewegungen in der Türkei beschäftigen. Insbesondere die Auswertung der von der Autorin geführten »neun Interviews« (32) ist aufschlussreich. Denn allein in diesen Teilen des Buchs kommen die Betroffenen selbst zur Sprache. Zwar sind es nur relativ wenige Zeugnisse, doch lassen sich aus ihnen Grundmuster der Entwicklung politischer (Gegen-)Positionen paradigmatisch ablesen. Insbesondere die Ergebnisse der Gespräche mit den Frauenrechtlerinnen werden überzeugend präsentiert. Anders verhält es sich mit der Auswertung der Gespräche, die mit Personen geführt wurden, die als *liberal* orientiert bezeichnet werden (können). Denn Al-Rebholz gelingt es nicht darzulegen, warum das liberale Gedankengut gerade von traditionell, im Islam verwurzelten Bevölkerungsgruppen aufgegriffen und in einseitig wirtschaftsliberaler Ausrichtung entwickelt und gelebt wird. Ist doch das traditionell-islamische Milieu das am stärksten wertkonservativ eingestellte, das individuelle Entfaltungsspielräume eher ablehnt, geschweige denn, dass es sie fördert. Dies kommt u. a. in der Politik des *mahalle baskisi* der AKP zum Ausdruck. Dieser Ansatz wird von der (AKP als) Regierung(spartei) eingesetzt, um individuelles Ausbrechen aus dem tradierten Wertkanon durch das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle zu brandmarken und nach Möglichkeit im Ansatz bereits zu eliminieren. Inwiefern die Herrschenden ihrerseits gegen alles, was aus ihrer Sicht Opposition ist oder sein könnte, (konfrontativ) angehen, wird ausgeklammert. Die Dialektik wird auf den Antagonismus von Hegemonisierung und Gegen-Hegemonisierung als Grundbefindlichkeit bzw. -position beschränkt. Die diversen Formen des gegenseitigen Agierens und Reagierens – sowohl der Herrschenden auf die Oppositionsbewegungen als auch *vice versa* – bleibt ausgespart. Die Instrumentalisierung von Politik (und Staat), insbesondere in Bezug auf Exekutive und Judikative zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Homogenität wird nicht einmal ansatzweise aufgezeigt.

Im Schlusskapitel (Kapitel 8) behauptet die Autorin, dass sich seit 1980 eine zunehmende Transnationalisierung beobachten lasse: Es »muss davon ausgegangen werden, dass eine Transnationalisierung der Zivilgesellschaft und eine Transnationalisierung des Staats in der Türkei stattfindet.« (346) Als Beleg hierfür sieht Al-Rebholz, dass sich soziale (Gegen-)Bewegungen wie die Frauen- und

Menschenrechtsbewegungen, aber auch der Wirtschaftsliberalismus nicht isoliert, sondern in internationalem Kontext und Austausch gründen und entwickeln. Inwiefern diese Tendenzen aber mit nationalistischen interferieren und/oder zu einer transformativen *Aufhebung* des Komplexes von Hegemonisierung und Gegen-Hegemonisierung führen (könnten), wird nicht thematisiert.

Gleichwohl ist der Autorin darin zuzustimmen, dass sich durch die international zumindest mitbeeinflusste Neuausrichtung der Wirtschaft am Neoliberalismus (bereits) ein »Konsummuster« etabliert hat, das »einen liberalen, auf Konkurrenz beruhenden Individualismus gegenüber einer existierenden, traditionellen Kollektivkultur befördert.« (353) Ob diese Entwicklung durch das Prinzip des *mahalle baskisi* weiterhin so eingeehgt werden kann, dass hierdurch die traditionelle Wertorientierung nicht selbst angegriffen wird, bleibt abzuwarten.

Fazit: Das Buch bietet aufgrund der Anknüpfung an ein Theorem Gramscis (Politik als Hegemonisierung und Gegen-Hegemonisierung) ein interessantes dialektisches Grundkonzept, das aber leider nur ansatzweise entfaltet wird. Vieles des Erörterten, insbesondere das, das auf (Vor-)Arbeiten (anderer Wissenschaftler) rekurriert, beschränkt sich zudem weitgehend auf bloße Widergabe. Spannend hingegen sind all die Teile, in denen die oppositionellen Kräfte und Akteure selbst zu Wort kommen, ihre Aussagen wiedergeben, bewertet und in den Gesamtkontext der Arbeit eingeordnet werden.

Georg F. Simet

Daniel COHN-BENDIT / Guy VERHOFSTADT: *Für Europa! Ein Manifest*; München, Hanser Verlag: 2012, 144 S., 8,00 EUR.

Neben der Staatshaushaltskrise und der Rezession müssen sich die Europäer mit zunehmenden Zweifeln am Projekt Europa und mit einem Vertrauensverlust in dessen Institutionen auseinandersetzen. Hinzu kommt zudem die Wachablösung Europas als globalem Kraftzentrum im »pazifischen Jahrhundert« (Hillary Clinton). Es wird vom »alten Europa« gesprochen wie von einem kränkenden entfernten Verwandten. Zumindest erhält man beim Lesen des Buches *Für Europa* von Guy Verhofstadt und Daniel Cohn-Bendit diesen Eindruck.

Damit ist der Ausgangspunkt eindeutig formuliert. Die EU befinde sich in einer »Poly-Krise« (Edgar Morin), eine Kombination aus wirtschaftlichen, demographischen, ökologischen, politischen und institutionellen Problemen. Als überzeugte Europäer schmerzt das die beiden Autoren spürbar und war Anstoß, dieses »Manifest« zu verfassen.

Insbesondere Cohn-Bendit verkörpert das, was im politischen System der EU kaum vorhanden ist, demokratiethoretisch jedoch dringend notwendig wäre, nämlich eine europäische Öffentlichkeit. In Deutschland als auch in Frankreich aufgewachsen, tritt Cohn-Bendit in beiden Ländern politisch in Erscheinung. Seit 1994 ist er Europaparlamentarier und zwar abwechselnd für die Grünen in Deutschland und in Frankreich für diverse ökologische Parteien. Auch der Belgier Guy Verhofstadt ist Abgeordneter des europäischen Parlaments. Nachdem er zwischen 1999 und 2008 belgischer Premierminister war, leitet er seitdem die liberale Fraktion ALDE. Beide verbindet ihre Arbeit in der Spinelli-Gruppe, die sich für einen europäischen Föderalismus einsetzt.

Leitmotiv ist die feste Überzeugung, mit dem europäischen Integrationsprozess den richtigen Pfad beschritten zu haben. Zur europäischen Idee und ebenso zur Gemeinschaftswährung gebe es keine Alternativen. Die gegenwärtige Krise sei vor allem Ausdruck nationaler Egoismen. Oder wie die Autoren es formulieren: »Nur ein Frontalangriff kann uns noch retten. Ein gezielter Angriff auf die tatsächliche Ursache dieser Krise: den Unwillen der Nationalstaaten, ein wirklich vereinigtes und föderales Europa zustande zu bringen. Oder besser gesagt: ihre mangelnde Bereitschaft, an so ein vereinigtes und föderales Europa mehr Macht zu übertragen« (S. 11). Ihr Lösungsvorschlag aus der derzeitigen Misere klingt verlockend einfach. Durch eine vertiefte Integration müssen »nationalistische Reflexe« überwunden werden, sodass am Ende ein föderales Europa entstehe. Dazu soll die Kommission in eine Art europäische Regierung umgewandelt, das EU-Budget massiv aufgestockt, eine EU-Staatsbürgerschaft ausgegeben und europäische Steuern sowie Eurobonds eingeführt werden, um so eine echte (auch Schulden-)Union zu schaffen.

An eine solche Finalität der europäischen Integrationsbemühungen zu glauben, ist durchaus legitim, aber der unreflektierte Determinismus bereichert die Diskussion nur wenig. Auch das Pos-

tulat der Alternativlosigkeit kommt einem erstaunlich bekannt vor. »Entweder wählen wir entschlossen ein föderales Europa, die Vereinigten Staaten von Europa, oder wir fallen alle gemeinsam zurück in unsere nationalen Verliese.« (S. 62) Vernachlässigt wird leider, dass eine Föderation unterschiedlich ausgestaltet werden kann, mal eng verknüpft und zentralisiert (Fritz Scharpf spricht in einem solchen Fall von einer Politikverflechtung) und mal entlang klar-abgegrenzter Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Die Vereinigten Staaten von Amerika machen mit einen funktionierenden Wettbewerbsföderalismus eine solche dezentrale Lösung vor. Dass die Autoren letztere Möglichkeiten nicht in Betracht ziehen, überrascht, da sie doch die Vielfalt anerkennen: »Denn Europa ist nichts weniger als ein polierter Monolith. So ist es nie gewesen. Europa war immer Vielfalt, keine Einfalt, mehr eine Idee als ein Kontinent. (...) Europa hat noch nie aufoktroierte Uniformität getragen.« (S. 64). Um es also auf den Punkt zu bringen: »Mehr Europa« muss nicht zwingend ein »tieferes« Europa bedeuten. Und nicht jeder, der darüber den Diskurs sucht, ist deshalb gleich ein Antieuropäer.

Außerdem kann Cohn-Bendit und Verhofstadt vorgeworfen werden, das mit großen Linien entworfene Konzept nur mangelhaft zu präzisieren und mit Leben zu füllen. Man fühlt sich unweigerlich an einen europäischen Idealismus erinnert, in dem »das Ziel alles ist und man sich auf dem Weg macht, ohne eine klare Vorstellung davon zu haben, wie dessen Etappen beschaffen sind und welche Anstrengungen nötig sein werden, um sie zu bewältigen« (Herfried Münkler). Beispielsweise lassen sie den nicht ganz unwichtigen Aspekt unbeantwortet, wie Mitgliedstaaten in Zukunft institutionell-fixiert dazu angehalten werden können, gut und selbstverantwortlich zu haushalten.

In ökonomischen Fragen fallen die Autoren auf manchen populären Allgemeinplatz herein. Beispielsweise, wenn sie für die südlichen Staaten Zinsraten für Staatsanleihen von 5–7% für untragbar halten oder ein übertriebenes Loblied auf die Europäische Zentralbank anstimmen und damit ein sehr vereinfachtes Bild der geldpolitischen Realität zeichnen. Ihr großer Verdienst aber ist es, zum jetzigen Zeitpunkt ein klares Bekenntnis zu Europa abzugeben haben. Man nimmt ihnen ihre Empörung und ihre Sorge über die Fehlentwicklungen der Europäischen Union ab. Und gut ist auch, dass das Buch in sechs Sprachen gleichzeitig

erschienen ist. Denn offenbart die derzeitige Lage nicht auch, wie wenig nationale Eliten den Bevölkerungen erklären, welche solidarischen Maßnahmen erforderlich sind, und wird nicht schon zu lange vom permissiven Konsens gezehrt? Notwendig wäre in etwa eine Antwort auf die Frage, wie den Europäern erklärt werden könnte, dass sie auch für solche Länder haften sollen, die aus eigenem Verschulden in die Krise geraten sind.

Das politische Manifest kann nur Impulse geben, gangbare Lösungswege sind darin nicht zu finden. Denn auch die Autoren verfallen in das Paradigma der Selbstinszenierung der Krise. Selbst die massiven aktuellen Probleme in den südlichen Eurostaaten sollten nicht von einer grundsätzlich stabilen makroökonomischen Bilanz, einer größtenteils intakten Umwelt und einem immer noch relativ hohen Lebensstandard ablenken (das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Griechenland etwa doppelt so hoch wie in Ungarn oder der Slowakei). Ebenso ist ein Blick auf die internationalen Staatsverschuldungen aufschlussreich, der auch nichteuropäischen Staaten Handlungsbedarf nahelegt. Die Europäer laben sich an der vermeintlichen Malaise anstatt international auf das zu verweisen, was die europäische Friedensordnung bis heute erreicht hat. Deshalb war auch der letztjährige Friedensnobelpreis für die EU gerechtfertigt – der Staatenverbund *sui generis* bleibt in vielen Aspekten ein Erfolgsmodell.

Julian Dörr

Stefan FRIEDRICH: *Soziologie des Genozids. Grenzen und Möglichkeiten einer Forschungsperspektive*. Paderborn: Wilhelm Fink, 2012, VIII/358 S., 49,90 €

»Soziologische Forschungen zu kollektiver Gewalt haben Genozide bis heute selten explizit in den Fokus genommen. Friedrichs Studie zeigt in einer kritischen Rekonstruktion zentraler Ansätze soziologisch orientierter Beschäftigungen mit Gewalt, dass dieses auffällige Desiderat bereits im Theoriedesign und den Paradigmen der jeweils zugrunde gelegten Analysemodelle begründet ist. Entwickelt wird ein analytischer Ansatz, mit dem die Soziologie Antworten auf die Frage geben kann, wie sich eine »genozidale Gesellschaft« konstituiert, in der Völkermorde als politische Option erscheinen und eine Verwirklichung erfahren.« Soweit der im Presse- oder Klappentext formu-

lierte Anspruch zum zehnten Band der seit 2000 erscheinenden wissenschaftlichen *Schriftenreihe Genozid und Gedächtnis*. In diesem Buch geht es damit um ein »Theoriedesign« für »Forschungen zu kollektiver Gewalt« im allgemeinen, um die Entwicklung eines »analytischen Ansatz[es]« zur Soziologie des Genozid (oder Völkermord) und um die Konstitution (oder Bildung) einer »genozidalen Gesellschaft« (oder »genocidal society«) im besonderen.

Stefan Friedrich will eine »grundlagentheoretische Neujustifizierung der soziologisch orientierten Genozidforschung« (311) eröffnen. Im Buch geht es um Genozid als Kategorie und Genozide als »soziale Phänomene sui generis« (130). Und wenn Genozid und Völkermord begrifflich als synonym gefaßt werden: um eine Soziologie des Völkermords.

Das Buch ist theoretisch und fachgeschichtlich ambitioniert. Zwar wird *Genozid* nicht definiert, aber stets mit *Massengewalt* »konzeptualisiert«, genauer: kontextual verknüpft (309). Das erinnert an Faschismusverständnisse Anfang der 1970er Jahre: was für diesen gilt, gilt auch für Genozid: Beide Sozialphänomene müssen nicht notwendig an massenhafte »Bewegung« des sozialen Unten gebunden sein. Auch der Autor kennt »konspirativen Terror« von oben. (132).

Das nun vorliegende Buch beruht auf einer stiftungsgeförderten Doktorarbeit an der FU Berlin im Wintersemester 2010/11: in den von *Einleitung* (1–17), *Resümee* (309–312) und *Bibliographie* (313–351) gerahmten drei ausgreifenden fachsoziologischen Kapitel zur Soziologie zu *Genozid und Kollektivgewalt* (19–144), zu *Soziologie und Genozid* (145–261) und zu *Genozid und Sozialtheorie* (263–308) finden sich weitere so wichtige wie richtige Hinweise: Erstens geht es im theoriegeschichtlichen Parforceritt durch das letzte Soziologenhundert um Kritik an Parsons Systemsoziologie und Dahrendorfs Anomietheorie, deren genozidale Sujetscheu – Stichwort Genozid als Anathema akademischer Soziologie –, um fehlende »soziologische Phantasie« zur Analyse der politischen Gewaltfrage (107) und eine positive Näherung an Gewalt als »rationales Mittel der Interessenartikulation« (117). Zweitens geht es um eine »überindividuelle«, Struktur und Handlung einbeziehende, Methodendiskussion. Drittens rückt der Autor im Anschluss an Weber und Castoriadis »Wege« der Vermittlung von Struktur und Handlung, »gesellschaftlicher Praxis und (weltanschau-

lichem) Wissen [...] samt handlungsprägenden Wissens- und Weltanschauungsmuster wieder in den Focus der Aufmerksamkeit« (311) täterzentrierter Völkermordforschung (311).

Dies veranschaulicht: ohne (geistes- und sozial-) wissenschaftliches Grundverständnis läuft alle fachsoziologische Belesenheit leer. Auch der *Doppelcharakter* von Genozidprozessen (siehe dazu Mihran Dabag: »Genozidforschung: Leitfragen, Kontroversen, Überlieferung« in: *Zeitschrift für Genozidforschung*, 1 (1999) 1: 6–35) muss erkannt, angeeignet, verstanden, begriffen und angewandt werden (können). Schon bei jeder Begriffsbildung sind Sichtweisen und Perspektiven einschlägig. Die Dominanz breiter Ausführungen zu massenhaft-kollektiver Gewalt im allgemeinen kontrastiert den schmalen Pfad zum Genozid im speziellen. Sichtbar wird der grundlegende Webfehler dieses Ansatzes zur Soziologie des Genozid: Wer nur zur allgemeinen Kollektivgewalt ausführt sollte besser zum Genozid als Staatsverbrechen und besondere Form von Humandestruktion schweigen.

Die sozialwissenschaftliche Aufarbeitung von Genozid als Völkermord(en) im »kurzen« 20. Jahrhundert muss auch nicht neu erfunden werden. Es gab sie im Anschluss an Lemkin seit Beginn der 1980er Jahre auch als soziologische Genozidforschung sowohl international als auch in deutschsprachigen Bereichen. Und es gab sie zuletzt Mitte der Nullerjahre sowohl ohne Rückbezug auf den US-amerikanischen Genozidforscher Horowitz als auch und ausdrücklich mit diesem. Als Zwischenergebnis dieser von Brumlik angelegten wissenschaftsöffentlichen Debatte kann in Form eines längeren Zitats festgehalten werden:

»Wenn auch ohne jeden Rückbezug auf Grundüberlegungen zunächst von Horowitz (1980) [...] hat Micha Brumlik, damals Direktor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt/Main, versucht, den geschichtlichen Ort des jungtürkischen Massenmords an den Armeniern: unter völkermordtheoretischen Aspekten genauer zu bestimmen (Brumlik 2004, 55–59). Brumlik erkennt dabei, dass was »zunächst lediglich als eines in der Reihe der vielen Massaker galt, die Osmanische Herrscher immer wieder an ihren armenischen Untertanen begangen haben, bis heute zum Paradigma dessen werden [sollte], was als »Genozid« gilt, weshalb es sowohl für die gesamteuropäische als

auch für die globale Entwicklung einer historisch sensiblen Gedenkkultur von höchster Bedeutung ist, dass die kemalistische Türkei [...] diesen Genozid bis heute nicht anerkannt und – mehr noch – all jene, die ihn national und international anerkennen, unterschiedlich sanktioniert. In der Auseinandersetzung um den jungtürkischen Genozid an den Armeniern lassen sich bis heute sämtliche Probleme und Konfliktfelder, die mit dem Begriff [Genozid] verbunden sind, identifizieren: die Frage nämlich, ob ein derartiges geplantes Verbrechen überhaupt nachweisbar ist – sowohl was seinen Umfang als auch was die unterstellte genozidale Intentionalität betrifft.« (Brumlik 2004, 56). Und zutreffend arbeitet Brumlik heraus, dass es einerseits wohl eine ›kausale Rolle des Krieges für Genozide aller Art‹ gibt, dass aber Genozid als besondere Form des Massenmords nicht im allgemeinen des Kriegsereignisses mit seinen Massenschlächtereien (›mass slaughter‹) aufzulösen ist, dass jedem Völkermorden eine Täter entlastende rassistische Ideologie als neues ›Muster von Inklusion und Exklusion‹ – also Einbezug und Ausgrenzung – unterliegt (Brumlik 2004, 58) und dass schließlich jede sozialwissenschaftliche Theorie des Völkermord[en]s auch zur ›Systematik der Genozidverhütung‹ beitragen muss. Zugleich erkennt der Autor, dass jahrzehntelang gerade in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung als einzigartig und singular erschien, was in Wirklichkeit als ›Judenmord‹ (Holocaust, Shoah) historischer deutscher Sonderweg war (Brumlik 2004, 59). So gesehen lesen sich Brumliks Hinweise wie die späte Anerkennung der Horowitz-These: ›Genocide is a national policy having adherents throughout the world, whereas the Holocaust was a specific practice of the Nazis which entailed the total murder of an entire population.‹ (Horowitz 1980, 16)« (Albrecht, *Lebenskultur und Frühwarnsystem*. 2005: 70f.; 2006: 201).

Davon – und von manch anderem – weiß der Buchautor wenig.

Blieben als Einzelheiten (und auch aufzuklären): Einmal gibt es sowohl keinerlei Hinweise auf die Arbeiten von Brumlik (2004) und Albrecht (2005/06) als auch auf das von Albrecht (1989) politiksoziologisch diskutierte Leitkonzept einer *Völkermordgesellschaft* (›genocidal society‹); zum

anderen wird, und erneut ohne jeden Hinweis, Albrechts (2006 auch als Buchtitel benützter Terminus) *Völkermord(en)* in dieser ›Soziologie des Genozid‹ als Forderungskatalog an »eine soziologische Analyse von Völkermord(en)« (14) genannt; und dies, obwohl anstatt des besonderen sozialwissenschaftlichen Terminus *Völkermord(en)* das Substantiv – sei es als Singular ›Völkermord‹, sei es als Plural ›Völkermorde‹ – ausgereicht hätte – warum dann also ›Völkermord(en)‹?

Richard Albrecht

Derya GÜR-ŞEKER: Transnationale Diskurslinguistik. Theorie und Methodik am Beispiel des sicherheitspolitischen Diskurses über die EU-Verfassung in Deutschland, Großbritannien und der Türkei, Bremen: Hempen Verlag, 2012

Die Arbeit setzt sich zum Ziel, den ›sicherheitspolitische[n] Diskurs über die EU-Verfassung [...] in Deutschland, Großbritannien und der Türkei‹ ›dezidiert diskurslinguistisch‹ zu untersuchen und zu erörtern. (1) Dies ist der Verfasserin weitgehend hervorragend gelungen.

Das Buch ist in vier, stringent aufeinander aufbauende Hauptkapitel (zuzüglich Einleitung, Zusammenfassung, etc.) untergliedert. Das vierte Kapitel, die empirische Analyse, wird auf mehr als 200 Seiten entfaltet; sie nimmt damit mehr als doppelt so viel Raum ein wie die drei vorhergehenden Teile zusammen. Das Schwergewicht der Arbeit liegt damit eindeutig auf der Auswertung des ausgesuchten Datenmaterials. Die drei vorausgehenden Teile dienen vornehmlich zur Vorbereitung der umfangreichen Analyse. Zunächst werden die diskurslinguistischen Hauptansätze im Überblick knapp (auf ca. zehn Seiten) vorgestellt. Darauf aufbauend wird ein auf die Arbeit zugeschnittenes Analysemodell dezidiert (auf ca. 60 Seiten) entwickelt. Abschließend wird das Datencorpus (auf ca. zwanzig Seiten) nachvollziehbar bestimmt, ausgewiesen und begründet.

Trotz der grundsätzlichen Plausibilität des Aufbaus ist das Hauptmanko des Buchs verfahrensspezifischer Natur. Denn das im Titel anklingende Versprechen einer transnationalen Diskursanalyse wird nicht voll umfänglich eingelöst, sondern nur angedeutet. Im Vordergrund der Analyse steht eindeutig und primär der deutsche Diskurs. Die sicherheitspolitischen Diskurse in Großbritannien und der Türkei werden lediglich zu Ver-

gleichszwecken herangezogen. Dadurch aber, dass diese Diskurse nicht gleichartig und gleich sorgfältig untersucht werden, sind die Aussagen über Identität und Differenz der sicherheitspolitischen Thematisierung in transnationaler Rücksicht nur bedingt valide. Der Versuch »die diskursive Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit« herauszuarbeiten, (S. 4) ist damit nur eingeschränkt möglich. Doch es scheint der Autorin ohnehin nur darauf anzukommen, transnationalen Aspekten nachzugehen und die Existenz solcher Diskursbezüge exemplarisch nachzuweisen, um dadurch die »Europäisierung nationaler Diskurse« zu belegen. (S. 305) Dies immerhin ist gelungen.

Die Bedeutung der Studie liegt jedoch nicht so sehr im Herausarbeiten transnationaler Bezüge, sondern im Aufweis, dass und inwiefern linguistische, in diesem Fall diskurslinguistische Verfahren politikwissenschaftliche Relevanz besitzen (können): Es kommt der Autorin darauf an, »diskurslinguistische Ansätze aufzuzeigen, mittels derer transnationale Bezüge in Europa, d. h. medial vermittelte länderübergreifende Kommunikationsprozesse erfasst werden können.« (3) Dank der präzisen und sehr detaillierten Analyse gelingt es, das für den Fall des sicherheitspolitischen Diskurses entwickelte und bewährte Verfahren für weitere diskurslinguistische Analysen nutzbar zu machen (auch wenn dieser Aspekt in der Arbeit nur ansatzweise berücksichtigt wurde).

Der »Korpusaufbau« erfolgt unter der Maßgabe, »die Vielschichtigkeit des Diskurses zu beachten« und die »diskursiven Regelmäßigkeiten« »aufzuzeigen«. (19) Dem entsprechend erarbeitet die Autorin vier Hauptcharakteristika einer (jeden) Diskursanalyse. Da diese diskursanalytischen Prinzipien für die Arbeit als fundamental gelten können, seien sie hier zunächst vollständig zitiert:

- »1. Diskursrelevante Texte werden als Ganzes, d. h. vollständig erfasst.
2. Einbezug unterschiedlicher Kommunikationsformate wie Online-Zeitungen oder Nachrichtenportale.
3. Zusammenstellen der Suchwortliste mittels Corpus-Driven-Ansatz, bei dem zunächst ein Teilkorpus erstellt wird, mittels dessen zentrale Schlüsselwörter des Diskurses ermittelt (das Teilkorpus gibt quasi die Suchwörter vor) und bei der Textselektion für die Erstellung des Gesamtkorpus verwendet werden.

4. Einbezug diskursrelevanter Ereignisse, die bei der Datenselektion Berücksichtigung finden und ggf. synchron ergänzt werden.« (19)

Diese Kriterien sind jedoch nicht unproblematisch. Grundsätzlich ist fraglich, ob die Gleichsetzung von »Diskurse[n...] mit Textkorpora« (S. 16) prinzipiell zulässig ist. Denn die Beschränkung auf ein »Analysekorpus« (S. 17) reduziert jeden Diskurs auf eine von einem Forscher (subjektiv) getroffene Auswahl. Die durch die Analyse gewonnenen Aussagen haben also primär nur auf das Corpus, nicht aber auf den ganzen Diskurs bezogen Relevanz. Das zweite Kriterium trägt der Vielfalt und Gänge an Kommunikationsformaten ebenfalls nur bedingt Rechnung. In den europäischen, insbesondere aber in Gesellschaften wie der türkischen, in denen kaum gelesen wird, wird politisches Geschehen hauptsächlich über das Fernsehen vermittelt. Die Beschränkung der Analyse auf schriftliche Texte erfasst die medial vermittelten Diskurse daher nur unzureichend. Zudem sind politische Diskurse zumeist eingebunden in politikübergreifende, politikfremde Formate. Es müsste daher auch nach den Kontexten gefragt werden, in denen politische Diskurse stattfinden bzw. in die sie eingebettet sind. Das dritte Kriterium weist dem Forscher eine Schlüsselrolle zu. Denn letztendlich bestimmt er darüber, wonach in Textkorpus geforscht wird. Die Analyse ist damit abhängig von der Wahl der Teilkorpora und der Sorgfalt der Untersuchung. Das vierte Kriterium trägt der Kontextualität von Diskursen prinzipiell, wenn auch nur bedingt Rechnung. Immerhin werden diskursrelevante Ereignisse mitberücksichtigt.

Die Stärke der von der Autorin angewandten »diskurslinguistische[n] Mehr-Ebenen-Analyse« (21) liegt darin, vornehmlich »lexikalische«, aber auch »metaphorische Sprachphänomene« und ansatzweise »Argumentationsmuster« präzise und transparent herauszuarbeiten. (26) Hierbei werden »quantitative und qualitative Analysezugänge« überzeugend kombiniert und genutzt. (27) Auf diese Weise gelingt es, nicht nur das Vokabular, sondern »auch Einstellungen und Mentalitäten einer Zeit [sprich innerhalb des Untersuchungszeitraums der ›Jahre 2001 bis 2007‹ (95)] in Bezug auf die sicherheitspolitische Reform der EU zu erschließen.« (26) Dass hieraus zudem »Rückschlüsse auf die Formierung einer europäischen Öffentlichkeit« gezogen werden können (26), ist unstrittig.

Allerdings kann die Arbeit dies aus quantitativer und qualitativer Rücksicht nur ansatzweise leisten. In quantitativer Hinsicht unterscheiden sich die Textkorpora nach Umfang. Das »deutschsprachige Textkorpus« umfasst 466 Texte mit 384.182 laufenden Wortformen/tokens, (96) das englischsprachige 433 Texte mit 351.670 Wortformen, (8) das türkischsprachige hingegen nur halb so viele Texte, nämlich 218 mit 170.883 Wortformen. Aus qualitativer Perspektive ist herauszustellen, dass »die transnationale Analyse« auf den »Ergebnisse[n] der deutschsprachigen Analyse« aufbaut. (S.101) In den englisch- und türkischsprachigen Textkorpora werden also nur »ausgewählte Diskursphänomene interlingual erfasst«. (101)

Überzeugend gelungen ist der (rein) textanalytische Aufweis der »Diskursstränge und kontextuellen Zusammenhänge« unter Bezug auf den zentralen Begriff »Sicherheit« im deutschen Textkorpus. (104) Eines der Ergebnisse ist, dass »der deutschsprachige sicherheitspolitische EU-Reformdiskurs militärisch geprägt ist«. (155)

Die Untersuchung der englisch- und türkischsprachigen Textkorpora hingegen ist nur bedingt aussagekräftig. Dies gilt insbesondere für die Vorgehensweise: Zunächst werden »deutschsprachige Metaphern bzw. metaphorische Indikatoren in die Zielsprache übersetzt und im jeweiligen Textkorpus abgefragt.« (201) Durch dieses Vorgehen können zwar Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet werden, aber eben nur in Bezug auf die (wenigen) Schlüsselbegriffe, die den deutschsprachigen Diskurs prägen. Zudem ist die Übersetzung von Begriffen nicht immer unproblematisch. Der türkische Begriff »*vatandaş* [...] (dt. »Bürger«)« (215) bezeichnet eher den »Landsmann« oder »Nationsangehörigen«. (Dies ist mit ein Grund dafür, dass sich Türken mit der Akzeptanz nicht-sunnitischer nicht-türkischstämmiger Minderheiten *in ihrem Land* so schwer tun.) Gleichwohl vermag es die Autorin durch dieses Übersetzungsverfahren nachzuweisen, dass die englisch- und türkischsprachigen Diskurse trotz »kulturspezifisch[er]« Besonderheiten (255) »sprachübergreifend durch spezifische rekurrente Metaphern geprägt« sind. (258)

Fazit: Der Autorin ist es durch ihre methodisch plausible Vorgehensweise und ihre sehr sorgfältige Analyse gelungen, sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen der Diskurslinguistik für die Diskursanalyse auszuloten und aufzuzeigen. Der Ausweis

»einer Vernetzung nationaler Diskurse« (306) ist prinzipiell gelungen. Inwiefern aber »nationale Öffentlichkeiten [...] aufeinander länder- und sprachübergreifend reagieren und verweisen« (307) wird im Rahmen der Arbeit kaum geklärt.

Georg Simet

Jost HERMAND: *Verlorene Illusionen. Eine Geschichte des deutschen Nationalismus*. Köln: Böhlau, 2012, 390 S., € 34,90

Falls es überhaupt so etwas wie den ganz großen Wurf geben sollte – *Verlorene Illusionen* von Jost Hermand (geb. 1930) ist dieser nicht. Und doch ist Hermands *Geschichte des deutschen Nationalismus* gediegen gearbeitete, historisch-kulturell unterfütterte und intellektuell anregende politische Publizistik (wenige buchkritische Hinweise seien als Formalschwächen gleich angemerkt: Datierungsfehler: 332f., 337, 350; zu selektive Literaturliste: 369-378; Zitate ohne Quellenangabe z. B. von Sarrazin 355f. oder Habermas 347, 352).

In Hermands Buch geht es nicht nur um »begriffliche Verschiebungen« des »Terminus »Nation«« etwa im Sinne von Kulturnation, Kriegsnation, Wirtschaftsnation, Staatsbürgernation. Es geht auch um »die dahinter stehenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungen«, genauer: »Ob nun als Sacrum Imperium, als Heiliges Römisches Reich, als Land der protestantisch-katholischen Glaubensspaltung, als ein lange Zeit in Hunderte kleinerer und größerer Territorien zersplittertes Monstium, als Land der höchsten Kultur, als Land der Romantik und der idealistischen Philosophie, als einflussreiche Wissenschaftsmacht, als Land des Weihnachtsmanns und des schlafmützigen deutschen Michels, als Ursprungsland des Marxismus, als waffenstrotzende Germania des Zweiten Kaiserreichs, als Weimarer Republik, als nazifaschistischer Führerstaat, als Land der Judenmörder, als »bleiche Mutter, besudelt vom Blut ihrer Söhne«, als zweigeteiltes Land des Kalten Kriegs, als Experimentierfeld des Sozialismus, als amerikanisiertes Wirtschaftswunderland, als demokratische Staatsbürgernation, als sogenannte Zivilgesellschaft und schließlich als exportbeflässiger Industriestaat: immer wieder hat dieses Land bei seinen Nachbarn, wenn nicht in der ganzen Welt, sowohl Bewunderung als auch Neid und Abscheu hervorgerufen.«

Entsprechend dieser einleitenden Hinweise arbeitet Hermand in achtzehn Kapiteln die Entwicklungsschronologie des deutschen Nationalismus auf. Besonders interessant sind dabei die letzten drei Kapitel. Hermands Darstellung der »unmittelbaren Nachkriegszeit« folgen die etwa gleichlangen Kapitel zur ehemaligen DDR als »gescheiterter Versuch, ›das andere, bessere Deutschland‹ zu sein« und zur ehemaligen BRD als erfolgreiche »Wirtschafts- und Staatsbürgernation« mit ihrer jahrzehntelang vorherrschenden *Ideologie der Ideologielosigkeit*. Als Ausblick gibt der Autor Einblicke in das am 3. Oktober 1990 konstituierte neue deutsche Staatsgebilde unter dem Titel »Nationalistische Tendenzen in der Berliner Republik nach 1990«.

Das Schlusskapitel enthält nicht nur polemisch zugespitzte kritische Aussagen etwa zu Einzelheiten wie »systemkonformen Massenmedien« als Träger »massenmedial gesteuerter Volksverblödung«, sondern auf der Ebene der Besonderheit auch Hinweise zur »finanzkapitalistischen Gesellschaftsordnung« der Gegenwart als »Market Driven Society, in der eine egoistische Erfolgs- und Profitgesellschaft als demokratische Staatsbürgernation ausgegeben wird, wo jedoch weder das Demokratische, noch das Staatsbürgerliche, noch das Nationale im Vordergrund steht.«

Der »selbsterstörerischer Kurs der heutigen Wirtschaftsentwicklung«, die auf Dauer ihre eigenen soziokulturellen Grundlagen nachhaltig zerstört, entspricht sowohl die »Ellenbogenmentalität« einer Ego-Gesellschaft ohne »Gemeinsinn« als auch der »Mangel an positiven politischen Inhalten innerhalb der bestehenden Gesellschaft der Berliner Republik.«

Hermands Aufarbeitung des Nationalen ist nicht nationalistisch, sondern lässt sich als demokratisch und national argumentierendes *Plädoyer für eine aktuelle politische Querfront von links* aus antifaschistischer Perspektive und auf intellektuell anspruchsvollem Niveau verstehen. Dass die historisch rechte *Querfront-Bündnisstrategie* als *third position* 1931/32 in Deutschland im Krisenjahr 1932 politisch scheiterte ist bekannt (vgl. Axel Schildt: »Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik« in: Richard Saage, Hg., *Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen*, Frankfurt/Main 1986, S. 346-364), spricht aber

nicht gegen das Querfront-Leitkonzept selbst. Gegen dieses spricht seine politik-ideologische und praktisch-organisatorische volksgemeinschaftlich-nationalstaatliche Ausrichtung als Grundtenor. Diese bedingt seine auch theoretische Verkenning des inneren, strukturellen Antagonismus von Nation. Diesen Grundwiderspruch arbeitete ein marxistischer Theoretiker 1913 nicht nur allgemein heraus (»Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation«), sondern präziserte auch als Zwei-Kulturen-These: »In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche [...] Kultur, und zwar nicht nur in Form von ›Elementen‹, sondern als *herrschende Kultur*.« (W. I. Lenin, »Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage« [1913] in: ders., *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*. Berlin: Dietz ¹⁹1983: 353-392, hier 361.)

Im Ausblick setzt sich Hermand bündig mit einem sich zunehmend universalisierenden und totalisierenden »neoliberalen Finanzkapitalismus« auseinander. In den Blick kommt dabei auch die neue Rolle Deutschlands, die sich anschiebe »im Rahmen der Europäischen Union, die von Jahr zu Jahr immer größer wird, zur führenden Wirtschaftsmacht aufzusteigen.« Hermand kritisiert nicht nur allgemein eine »Market Driven Society« als »egoistische Erfolgs- und Profitgesellschaft«, sondern diskutiert auch die besondere Rolle und Bedeutung von Jürgen Habermas als führendem Befürworter einer abstrakten »globalen Verfassungsordnung« als vermeintlicher Grundvoraussetzung »für eine liberal gesinnte ›Weltbürgergesellschaft‹«. In Habermas' im Sommer 2011 erschienenem Essay *Zur Verfassung Europas* sieht Hermand nichts anderes als »eine Anleihe an längst obsolet gewordene Ideologiekonzepte« des 18. Jahrhunderts.

Richard Albrecht

Steffen KAILITZ/Patrick KÖLLNER: *Autokratien im Vergleich, PVS-Sonderheft 47, Baden-Baden: Nomos, 2013, 606 S., 49,90 €*

Die vergleichende Autokratieforschung erfreut sich seit einigen Jahren einer intensiven Bearbei-

tung durch die deutsche Politikwissenschaft. Nachdem infolge der Epochenwende 1989/90 zunächst einmal in erster Linie die Demokratieforschung im Mittelpunkt der Forschungen zur Regierungslehre an deutschen Universitäten stand, fristete die Autokratieforschung allenfalls ein Nischendasein im Kontext der Transformationsforschung. In diesem Wissenschaftszweig ging es jedoch weniger um Herrschafts- und Funktionsmechanismen autokratischer Regime, sondern es wurde vielmehr die Frage nach der Abwicklung diktatorischer Herrschaftselemente behandelt. Es ist ausgesprochen erfreulich, dass die vergleichende Autokratieforschung in den vergangenen Jahren neue Blüten treibt und dadurch auch Anschluss an die angelsächsische Politikwissenschaft erhält. Die deutsche Politikwissenschaft wendet sich mit dieser Schwerpunktsetzung im Grunde wieder zentralen Untersuchungshorizonten ihrer Gründungsväter zu. Für Theodor Eschenburg, Arnold Bergsträsser, Eric Voegelin, Ernst Fraenkel und nicht zuletzt für Karl Dietrich Bracher war es die Auseinandersetzung mit diktatorischen Herrschaftsstrukturen, die in das Zentrum der von ihnen neu aufgebauten Wissenschaft für die Demokratie gehörte.

Aus dieser Perspektive nimmt es wunder, dass die Autoren des von Steffen Kailitz und Patrick Köllner besorgten PVS-Sonderhefts *Autokratien im Vergleich* zwar eine »große Spannweite unterschiedlicher Analyseperspektiven und damit verbunden theoretischer Ansätze« (S. 3), wie die Herausgeber in der Einleitung zu Recht hervorheben, abdecken, aber auf die Gründerväter der deutschen Politikwissenschaft so gut wie gar keinen Bezug nehmen. Von diesem kleinen Monitum abgesehen handelt es sich um eine ausgesprochen ausführliche und facettenreiche Synthese verschiedener Forschungsansätze sowie unterschiedlicher Fallbeispiele, bei deren genauem Studium der Leser einen guten Überblick über die aktuelle komparative Autokratieforschung gewinnt.

Der Band gliedert sich in drei Blöcke: Im ersten Teil werden Theorien und Modelle der Autokratieforschung vorgestellt. Im Eingangsbeitrag führen die Herausgeber in verschiedene typologische Ansätze, theoretische Zugangsweisen und aktuelle Schwerpunkte des von ihnen behandelten Forschungszweiges ein. Das Spektrum der sich daran anschließenden Aufsätze reicht von der Systemtheorie über den Poststrukturalismus bis hin zum

historischen Institutionalismus, wobei sowohl mikroperspektivische als auch makroperspektivische Zugangsweisen gewählt werden. Besonders instruktiv ist hierbei das von Johannes Gerschewski, Wolfgang Merkel, Alexander Schmotz, Christoph H. Stefes und Dag Tanneberg aus der älteren und jüngeren Forschung destillierte Modell autokratischer Herrschaft, bei dem die Legitimation, die Repression und die Kooptation als die drei tragenden Säulen autokratischer Herrschaft identifiziert werden (S. 113). Während die Legitimation die Grundlage jedweder Herrschaft darstellt und insofern auch und gerade für Autokratien eine zentrale Rolle spielen muss, verhalten sich Repression und Kooptation gewissermaßen wie zwei Seiten derselben Medaille zueinander: Sie können mit der alten Metapher von »Zuckerbrot« und »Peitsche« beschrieben werden. Durch Kooptation sichern sich politische Führungseliten Loyalität und Unterstützung, während sie durch Repression oppositionelle Bestrebungen unterdrücken.

In der zweiten Sektion werden Strategien und Institutionen autokratischer Herrschaftssicherung behandelt. Besonders hervorzuheben sind die Beiträge von Uwe Backes, Gert Pickel und Marianne Kneuer. Uwe Backes schreibt in der Tradition der klassischen Herrschaftsformenlehre die einschlägige Typologie von Juan J. Linz fort und definiert vier Typen der Autokratie anhand des Kriteriums ihrer Herrschaftslegitimation: den Despotismus, den Absolutismus, den Autoritarismus und die Ideokratie (S. 158-163). Gerade dem Begriff der Ideokratie kommt in der Forschung noch immer nicht die zentrale Bedeutung zu, die ihm angesichts seines analytischen Potentials gebührt.

Gut ergänzt wird dieser realgeschichtlich wie ideenhistorisch außerordentlich reiche Beitrag durch die Überlegungen zur politischen Kultur von Autokratien von Gert Pickel (S. 176-204). Für das Alltagsverständnis der Terminologie »politische Kultur«, die im Deutschen ja positiv besetzt ist, stellt es im Grunde eine Provokation dar, zu unterstellen, auch Autokratien verfügten über eine politische Kultur. Pickel zeigt, dass die Persistenz autokratischer Herrschaftssysteme mit ihrem Repressionspotential allein nicht zu erklären ist, sondern dass sie vielmehr ihre ganz eigenen Legitimationsstrategien entwickelt haben. Neben der ökonomischen Performanz und der Effektivität politischen Handelns sind hier vor allem weltanschauliche Überzeugungssysteme zu nennen. Immerhin

kommt Pickel zu der versöhnlichen Schlussfolgerung, dass die Ideologie der Freiheit, wie sie für Demokratien gilt, auf lange Sicht den autokratischen Legitimationsstrategien überlegen ist (S. 198-201). Marianne Kneuer weist in ihrem Beitrag zur Außenpolitik als Legitimationsstrategie autokratischer Regime auf ein bisher von der Forschung weitgehend vernachlässigtes Feld hin (S. 205-236).

Der dritte Teil des Bandes versammelt Beiträge zur Staatstätigkeit und zu Leistungsprofilen autokratischer Herrschaft. Hervorhebenswert ist in erster Linie der Beitrag aus der Feder von Manfred G. Schmidt, der die Staatstätigkeit von Autokratien und Demokratien einem schonungslosen Vergleich mit Blick auf Staatsausgaben, *policy-output* und Governance-Strukturen unterzieht. Die konventionelle Herrschaftsformenlehre geht von einem höheren politischen Leistungsprofil demokratischer Staaten aus. Schmidt zufolge ist die Lehre vom Demokratievorzug zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen, da unter Berücksichtigung verschiedener Kontrollvariablen das Leistungsprofil von Demokratien nicht nur Licht, sondern auch Grautöne und Schatten aufzeigt (S. 425-426). Er betont jedoch zugleich die Vorläufigkeit seiner Befunde, da die Forschung zum Vergleich von Staatstätigkeiten in Demokratien und Autokratien noch ganz am Anfang steht (S. 529-530).

Nach der Lektüre des Bandes verfügt der Leser nicht nur über eine breite Wissensbasis, sondern er bleibt auch mit einer Menge neuer Fragestellungen an zukünftige Forschungen zurück. Das gilt nicht nur für das von Manfred G. Schmidt aufgezeigte Forschungsdesiderat, sondern insbesondere für den Bereich der Legitimation autokratischer Herrschaft. Gerade für deren wissenschaftliche Einordnung und Bewertung ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur deren Symptome, sondern auch ihre tieferliegenden Ursachen zu untersuchen. Die Zeiten emotionaler Hochgefühle westlicher Intellektueller zu Beginn der 1990er Jahre angesichts des scheinbaren weltgeschichtlichen Triumphs liberal-demokratischer Regime, wie sie sich exemplarisch in Francis Fukuyamas *The end of history* manifestierten, sind vorbei. In Zeiten, in denen mit China und Russland ein offen autokratisches und ein reautoritarisiertes Regime zentrale Akteure der internationalen Beziehungen sind, tut die Politikwissenschaft gut daran, sich diesem Forschungs-

feld weiter intensiv zu widmen – im Einklang mit ihren Wurzeln als akademische Disziplin in der Bundesrepublik.

Manuel Becker

Peter Graf KIELMANSEGG: Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden: Nomos, 2013, 278 S., 39 €

In seinem Buch »Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat« setzt sich der bekannte und mittlerweile emeritierte Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg das Ziel, »ein aktuelles Porträt des demokratischen Verfassungsstaates in acht Anläufen zu zeichnen.« (S. 7) Dabei stehen die acht auch einzeln zu lesenden Essays unter der gemeinsamen Klammer eines Ausspruches von Thomas Paine, einem britischen Staatsangehörigen, der Ende des 18. Jahrhunderts in die Vereinigten Staaten emigrierte und dort wesentlich die Debatte um die amerikanische Unabhängigkeit von Großbritannien beeinflusste. Paine verglich die Verfassungen des Bundes und der dreizehn Gliedstaaten der USA mit dem, was die Grammatik als Regelsystem für die Sprache leistet: »The American constitutions were to liberty, what a grammar is to language: they define its parts of speech, and practically construct them into syntax.« (7) Fasziniert von diesem Vergleich greift Kielmansegg nun Paines Metapher in seinem Buch auf, und er macht sich daran, das Regelsystem der Freiheit zu identifizieren. Denn, davon ist Kielmansegg überzeugt: »Ohne Kenntnis der Grammatik der Freiheit gibt es kein Leben in Freiheit.« (10)

In der Folge »dekliniert« er dann die wesentlichen die Demokratie konstituierenden Bestandteile in seinen Aufsätzen einzeln »durch«, ohne freilich ein »systematisches Lehrbuch der Grammatik der Freiheit« (8) erstellen zu wollen. So gleichen denn auch der »erste« sowie der »siebte« und »achte Versuch« weniger systematischen Abhandlungen als explorativen Überlegungen zum Wesen, zur Historie und zur Zukunft der Demokratie. Dies belegt insbesondere der einleitende Aufsatz mit dem, wie Kielmansegg zugibt, etwas pathetischen Titel »Demokratie und Wahrheit«. In ihm fragt der Autor zunächst nach dem Selbstverständnis von Demokratie: Gründet sie sich auf »self-evident truths«, wie es die amerikanische Unab-

hängigkeitserklärung postuliert, oder doch eher auf einem gesunden Selbstzweifel, bei dem die (demokratische) »Wahrheit« erst in einem pluralistischen Wettstreit der Meinungen herausgefunden wird? Kielmansegg zeigt an verschiedenen praktischen Beispielen aus der demokratischen Realität, was für Folgen die unterschiedlichen Selbstverständnisse haben können: für das Verfassungsverständnis einer Demokratie; für ihr Politik- und Freiheitsverständnis; für ihre Außenpolitik (ist sie nach innen gerichtet oder von dem missionarischen Heilsgedanken getrieben, »to make the world safe for democracy« (25) sowie für ihre Kompatibilität mit anderen »Wahrheitsansprüchen« (31), wie zum Beispiel dem der Religion oder der Wissenschaft. Leider beleuchtet er dabei die immer wieder und gerade in Deutschland verschärfte auftretende Frage des Umgangs mit links- wie rechtsextremistischen Gruppen, welche den normativen Anspruch der Demokratie in Frage stellen, überhaupt nicht.

Solche aktuellen Herausforderungen für die Demokratie kommen verstärkt erst in den Versuchen »zwei« bis »sechs« vor; hier stellt Kielmansegg die interessantesten Fragen: Ist das System der repräsentativen Demokratie tatsächlich nur die »zweitbeste Lösung« (39) für demokratische Flächenstaaten? Funktioniert eine Demokratie ohne Parteien, und wäre dies in Zeiten der wachsenden Distanz zwischen Bürgern und Funktionären nicht sogar erstrebenswert? (71) Welche Formen direkter Demokratie lassen sich sinnvoll mit der repräsentativen Demokratie verbinden, um ein »Mehr« an Beteiligung für die Bürger zu erzielen? (Wobei Kielmansegg hier zu dem bemerkenswerten Ergebnis kommt, dass gerade nicht-parlamentarische Demokratien direkt-demokratische Instrumente am besten einsetzen können, da dort auf Dauer keine parlamentarischen Mehrheiten erzielt werden müssen). (127) Und schließlich, ob Demokratie auf Marktwirtschaft angewiesen ist, eine Frage, die sich gerade in Zeiten von Finanzkrise und weltweiter Staatsverschuldung aktuell stellt.

Insbesondere diese Kapitel empfehlen sich dem Leser, der Kielmanseggs Ziel, ein »aktuelles Porträt« der Demokratie zu zeichnen, folgen möchte. Auch wenn der Autor diesen Faden in seinem letzten Versuch wieder aufnimmt, verliert er ihn bisweilen, da er mit seinem zweiten Ziel, das »Regelsystem«, also die »Grammatik der Freiheit« aufzuspüren, kollidiert. Und hier zeigt sich die Grenze der Metapher und damit auch die Spannung,

welche Kielmanseggs Buch zugrunde liegt: Das Regelsystem, die Grammatik ist das eine; die tatsächliche Entwicklung von Sprache und in diesem Fall von freiheitlicher Demokratie eine andere. Tatsächlich trägt die Kenntnis der Regeln den Sprachlernenden nur soweit, wie neue Herausforderungen (Sprachschöpfungen, um im Bild zu bleiben) die Regeln in Frage stellen. Ebenso verhält es sich mit der Demokratie, welche gerade heute unter erheblichem Problemdruck zu bestehen hat: die Herausforderung der Demographie, also einer alternden Bevölkerung bei gleichzeitigem Rückgang der Geburten; die Zunahme von grenzüberschreitenden Problemen, wie Migration, Umweltverschmutzung oder Terrorismus; die Folgen von Globalisierung, insbesondere der Finanzmärkte; sowie nicht zuletzt und gerade in Europa die Konsequenzen der Mitgliedschaft von Nationalstaaten in regionalen Integrationsorganisationen wie der EU. Kielmansegg spricht diese Themen zwar an, insbesondere in seinem Schlusskapitel; doch spielen sie in seinem Bestreben, das Funktionieren von Demokratie »an sich« zu beweisen, nur eine nachgeordnete Rolle.

Seine Aufsatzsammlung ist deswegen vor allem aus dem Blickwinkel der politischen Theorie interessant, da sie als gegeben angesehene demokratische »Wahrheiten« systematisch untersucht – zum Beispiel die Frage, wie sich Verfassungsgerichtsbarkeit als nicht-gewählte »Instanz des letzten Wortes« (153) in einer Demokratie rechtfertigen lässt – und in logisch-deduktiver Form erörtert. Hier zeigt sich eindrucksvoll Kielmanseggs tiefes verfassungsrechtliches Verständnis des demokratischen Prozesses und Systems. Nicht zuletzt ist sein Buch, welches aus verschiedenen Vorträgen hervorgegangen ist, ein Plädoyer für den demokratischen Verfassungsstaat, zu dem Kielmansegg zu Recht bis heute keine Alternative sieht.

Julia Heydemann

Karl-Heinz NUSSER (Hg.): *Freiheit, soziale Güter und Gerechtigkeit*. Michael Walzers *Staats- und Gesellschaftsverständnis*, Reihe *Staatsverständnisse* Bd. 45, Baden-Baden: Nomos, 2012, 339 S., 34 €

Die im Jahr 1971 von John Rawls veröffentlichte Abhandlung über *A Theory of Justice* bedeutet nicht nur eine Renaissance des philosophischen

Kontraktualismus, dessen Argumentationsmuster seit dem Ende des 18. Jahrhunderts völlig an Bedeutung verloren, sondern eine grundsätzliche »Erneuerung der politischen Philosophie« (W. Kersting). Die politische Philosophie gab sich fortan nicht mehr mit der Rolle des zeitgenössischen Interpreten und Hermeneuten zufrieden, sondern suchte vom Standpunkt des universalistischen Verfassungsgebers eine allgemeingültige Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu entwickeln. Die Theorie von Rawls rief sowohl auf Seiten der Vertragstheoretiker bedeutende Korrekturen und Fortschreibungen hervor als auch auf Seiten der (meist) kommunitaristischen Gegner. Während die wohl bedeutendsten kontraktualistischen Abhandlungen von Robert Nozick (*Anarchy, State, and Utopia*, 1974) und James Buchanan (*The Limits of Justice*, 1975) stammen, gelten Alasdair MacIntyre mit *After Virtue* (1981), Michael Walzer mit *Spheres of Justice* (1983), und Charles Taylor mit *Sources of the Self* (1989) als herausragende Repräsentanten des so genannten Kommunitarismus.

Die Hauptthese von Michael Walzers *Spheres of Justice* besagt, dass es für moderne Gesellschaften nicht ein Kriterium von Gerechtigkeit geben kann, das unterschiedslos auf die verschiedenen Lebensbereiche Anwendung findet, sondern dass den unterschiedlichen Sphären moderner Gesellschaften auch verschiedene Kriterien der Gerechtigkeit entsprechen müssen. Diese arbeitet er in seinem Werk im Einzelnen heraus. Dabei unterscheidet Walzer insgesamt elf verschiedene Sphären: Mitgliedschaft und Zugehörigkeit, Sicherheit und Wohlfahrt, Geld und Waren, Ämter, harte Arbeit, Freizeit, Erziehung und Bildung, Verwandtschaft und Liebe, göttliche Gnade, Anerkennung, sowie politische Macht. Diesem Hauptwerk von Walzer geht eine bedeutende Abhandlung voraus, die 1977 als *Just and Unjust Wars* veröffentlicht wurde. Die intellektuelle Reichweite von Walzer kommt zudem in Werken wie z.B. *Zivile Gemeinschaft und amerikanische Demokratie* (1992), *Lokale Kritik, globale Standards* (1996) oder *Über Toleranz* (1998) zum Ausdruck.

Eine Besonderheit des von Karl-Heinz Nusser herausgegebenen Bandes besteht darin, dass er keine Beschränkung auf Walzers Hauptwerk oder einzelne seiner Schriften vornimmt, wie dies zum Beispiel in der von Otfried Höffe herausgegebenen Reihe *Klassiker Auslegen* der Fall ist, sondern das Denken des amerikanischen Philosophen in seiner

ganzen Breite zum Gegenstand macht. So gliedert sich der Aufsatzband in sechs Kapitel. Nach einer Einleitung durch den Herausgeber, der die Bedeutung und Aktualität von Walzer betont, beginnt das erste Kapitel über *Michael Walzer im politischen Kontext* mit einer Beschreibung von Walzer als *Radikaler Dissenter und demokratischer Sozialist* durch Jürgen Gebhardt. Danach ist Walzer seit den 1950er Jahren ein Anhänger der demokratischen Linken, die ihre politischen Ziele in der Zeitschrift *Dissent* artikuliert, welche sich als Organ des kritischen politischen Radikalismus versteht, und dessen Herausgeber Walzer 1975 wurde. Gebhardt bezeichnet Walzer als »prototypischen Repräsentanten« (S. 32) der so genannten »Neuen Linken«, die im Gegensatz zur »Alten Linken« den kommunistischen Parteimarxismus ebenso ablehnt wie den sowjetischen Stalinismus, gleichwohl aber eine amerikanische Form des demokratischen Sozialismus vertritt. Das Denken von Walzer ist demnach durch das Ringen um eine Synthese von Liberalismus (im amerikanischen Verständnis) und theoretischem Sozialismus geprägt, das sich in dessen Werken in immer neuen Gestalten Ausdruck verschafft. Gebhardt liefert mit dieser Charakterisierung von Walzer eine Interpretation, die von dessen üblicher Einordnung in den Strom des kommunitaristischen Denkens abweicht.

Das zweite Kapitel des Sammelbandes widmet sich der für Walzer zentralen Thematik der *Sozialen Güter im Kontext des Raumes und der Zeit*. Michael Haus behandelt unter der Überschrift *Blockierter Tausch – befreite Gerechtigkeit? Walzer und die Tyrannei des Geldes* unter anderem die Frage, inwieweit angesichts der Rolle des Geldes in modernen Marktwirtschaften die einzelnen von Walzer unterschiedenen Sphären tatsächlich getrennt sein können, und Angelika Krebs diskutiert im Rahmen von *Gleichheit und Gerechtigkeit. Wie egalitaristisch ist Michael Walzers Ideal der »komplexen Gleichheit«?* das Verhältnis der von Walzer beschriebenen Gerechtigkeit und des Begriffs der Gleichheit. Beide Aufsätze sind für ein Verständnis von Walzer grundlegend: Die Kategorie des Geldes ist in modernen Gesellschaften kaum auf einen Lebensbereich beschränkbar, sie hat eher die Tendenz, die von Walzer genannten Sphären zu durchbrechen und sich mehr oder weniger stark in allen Lebensbereichen geltend zu machen. Das Grundanliegen von Walzer, eine theoretische Verteidigung von Pluralismus und Gleichheit zu prä-

sentieren, ist angesichts von Macht und Einfluss des Geldes ernsthaft gefährdet. Als Maßnahmen gegen die Dominanz des Geldes werden institutionelle Tauschblockaden, ein starker Wohlfahrtsstaat und die stärkere Würdigung individueller Verdienste diskutiert. Angelika Krebs hingegen verteidigt Walzer gegen den immer wieder erhobenen Vorwurf des Relativismus, zu dem er selbst Stellung genommen hat, und gegen die Unterstellung eines Egalitarismus, der angesichts der für Walzer zentralen Unterscheidung zwischen einfacher und komplexer Gleichheit gegenstandslos sei.

In dem Kapitel über *Die Ethik der Menschenrechte und der internationalen Ordnung* kommen Kerstin Zyber-Bayer und Karl-Heinz Nusser zu Wort. Kerstin Zyber-Bayers Beitrag trägt den Titel *Plädoyer für eine eingebettete transnationale Ethik – Michael Walzers Staat und die Ethik der internationalen Beziehungen* und arbeitet dessen Position einer internationalen Ethik heraus. Auf der Basis von Walzers innerstaatlichen Wertvorstellungen entwickelt sie die Grundzüge seiner internationalen Ethik. Diese ist durch eine merkwürdige Spannung gekennzeichnet: Im Zuge der Ablehnung eines abstrakten Universalismus sucht er jeweils gegebene lokale Moralvorstellungen auf die internationale Ebene zu übertragen. Er verbindet das Universale mit dem Partikularen, und haucht so »dem abstrakten Universalismus Leben ein, indem er ihn mit lokalen Moralvorstellungen verbindet« (S. 108). Auch auf der internationalen Ebene vertritt Walzer damit die Position »der Partikularität und Pluralität von Gerechtigkeitskonzepten (S. 115). Karl-Heinz Nusser diskutiert ebenfalls die Konzeption der internationalen Beziehungen bei Walzer, nun unter dem Gesichtspunkt der *Universellen Menschenrechte und politischen Selbstbestimmung der Staaten*. Unter Bezugnahme auf ein 1999 geführtes Interview von Walzer, in dem dieser eine Minimalmoral von einer Maximalmoral unterscheidet, lässt sich ein Zugang zum Feld der internationalen Beziehungen finden: Die Minimalmoral ist dadurch gekennzeichnet, dass sie einige grundlegende Werte für so bedeutend ansieht, dass sie in unterschiedlichen Epochen und Kulturen Geltung beanspruchen können; die Fundamentalwerte Leben, Freiheit oder Gerechtigkeit werden beispielhaft genannt. Die Maximalmoral hingegen ist durch die Verwurzelung einzelner Werte in bestimmten Epochen und Kulturen gekennzeichnet und ohne den konkreten historischen Bezug nicht verständlich. Die Minimal-

moral erlaubt eine transnationale Verständigung, die Maximalmoral erschwert sie unter Umständen. Unter Bezugnahme auf die Diskursethik von Habermas und die Völkerrechtskonzeption von Rawls wird Walzers Standpunkt deutlich gemacht, der in der Minimalethik den Kern der Maximalethik verankert sieht.

Das vierte Kapitel diskutiert *Strukturen der Begründung*. Der Titel des Beitrags von Hans-Jörg Sigwart lautet *Immanentes Denken und begründungstheoretischer Realismus: Das Problem politischer Legitimität bei Michael Walzer*. Die Analyse konzentriert sich auf die Frage, welche Legitimitätsvorstellungen bei Walzer die normative Grundlage politischen Handelns und staatlicher Institutionen bilden. Obwohl das Problem der politischen Legitimität von Walzer selbst nicht explizit behandelt wurde, woraus man durchaus ein geringes Interesse von Walzer an der Thematik ableiten kann, bildet es nach Auffassung des Verfassers »das konzeptionelle Zentrum von Walzers begründungstheoretischen Überlegungen« (S. 171). Walzers Interesse gilt der Gesellschaftskritik, nicht begründungstheoretischen Reflexionen. Da Walzers Ausführungen zu Politik und Gesellschaft zudem meist einer streng philosophischen Basis entbehren, sind die Deutungen des Artikels von Sigwart hochprozentig spekulativer Natur. Erfrischend konkret hingegen ist der Artikel über das *Theologisch-politische Profil des Sozialdemokratismus. Staat und Religion bei Michael Walzer* von Markus Kartheining. Ausgehend von der Tatsache der historischen Verschmelzung von Politik und Religion in der frühen Neuzeit und der allmählichen Privatisierung und Säkularisierung der Religion im Laufe der Jahrhunderte folgt die Analyse der Religion im Werk von Walzer. Dieser widmet der Religion in *Spheres of Justice* ein eigenes, kurzes Kapitel, geht auf das Thema allerdings seit seiner Dissertation über *The Revolution of the Saints* im Jahre 1965 in immer neuen Anläufen ein; Religion ist »steter Resonanzboden seines politischen Denkens« (S. 215). Walzers Verhältnis zur Religion ist letztlich durch einen Widerspruch gekennzeichnet: Einerseits ist Religion eine Sphäre neben anderen Sphären, andererseits antwortet sie auf tiefste menschliche Bedürfnisse, die alle zeitlichen Organisationsformen überdauern. Die Spannung der Religion zwischen Kulturimmanenz und Transzendenz, die im 19. Jahrhundert bereits von Hermann Cohen gesehen wurde, kennzeichnet auch Walzers Religionsverständnis; sie ist unbe-

friedigend, da sie die Rangordnung der unterschiedlichen Lebenssphären dem Gleichheitspostulat des Liberalismus opfert.

Von Interesse ist das fünfte Kapitel, das sich mit dem Thema *Erziehung und Bildung* auseinandersetzt. Der einzige Artikel hierzu ist von Alexander Thumfart und lautet *Die Schule der Gerechtigkeit*. Auch dieser Thematik widmet Walzer in *Spheres of Justice* nur ein einziges Kapitel und schreibt ihr damit eine ähnliche Autonomie zu wie den anderen Lebensbereichen. Der Verfasser fragt, ob hier auf dem Feld der Erziehung die Konstruktion der Sphäregerechtigkeit nicht unstimmig sei und einen Riss erfahre, schließlich betreffe Erziehungsgerechtigkeit direkt und unmittelbar die gesamte Person sowie ihre Lebenschancen und zukünftigen Gesellschaftspositionen. Walzer setzt sich mit den verschiedenen Schultypen auseinander und der Frage des Zugangs der Schüler zu ihnen, erörtert die Dringlichkeit der Demokratisierung des Schulunterrichts im Sinne der Beschäftigung mit moralischen Fragen, und diskutiert die beiden Zentralbegriffe der einfachen Gleichheit (= Zugang zum Bildungssystem) und der komplexen Gleichheit (= Verteilung von Schülern auf unterschiedliche Schulen).

Das sechste und letzte Kapitel des Sammelbandes behandelt die *Humanitäre Intervention und den gerechten Krieg*. Von Jörg Wernecke stammt der Beitrag über *Humanitäre Intervention – gerechter Krieg? Oder: Zum dilemmatischen Verhältnis von Gewalt, Ethik und Politik bei Walzer*. Die bereits im Kontext der internationalen Beziehungen erwähnte Minimalmoral bildet die Basis für Walzers klare Stellungnahme zugunsten des Einsatzes militärischer Gewalt mit dem Ziel einer humanitären Intervention. Walzer hält den Einsatz militärischer Gewalt bei Vorliegen gravierender Menschenrechtsverletzungen (ethnische Säuberungen, systematische Massaker, Massenvergewaltigungen, Völkermord) nicht nur für ethisch geboten, sondern bezeichnet ihn als ethische Pflicht. Aus der Minimalmoral kann sich die jede Staatssouveränität übergreifende Verpflichtung zum Eingriff gegenüber der Menschheit ergeben, die dem Recht insofern vorgeordnet ist, als die Beseitigung furchtbaren Unrechts den Vorrang vor ihrer rechtlichen Begründung hat. Allerdings ist mit dieser Position die Gefahr verknüpft, dass ethische Grundsätze die Politik zu dogmatisch-überhöhten und damit schädlichen Handlungen verleiten können. Peter Nitschke ist Verfasser des Arti-

kels über *Eine zeitgemäße Lehre vom gerechten Krieg? Begründungen und Erweiterungen zu Michael Walzer*. Er diskutiert Walzers Schrift *Just and Unjust Wars*, steht deren zentralen Argumenten aber ablehnend gegenüber. Weder entwickle Walzer eine in sich kohärente Lehre vom gerechten Krieg, noch räume er der Rolle des modernen Nationalstaates die ihm gebührende Stellung ein. Ein gerechter Krieg sei praktisch kaum durchführbar, die Regeln im Krieg bestimme der Überlegene und nach Ende der Kampfhandlungen der Sieger. Auch der moderne asymmetrische Krieg sei letztlich ein totaler Krieg, da er den Status eines Nichtkämpfers nicht zulasse. Jede Seite fühle sich im Recht. Die Verfechter der *bellum justum*-Lehre haben de facto keine besseren Argumente als ihre Gegner, auch wenn sie ihren Einsatz moralisch überhöhen.

Der vorliegende Sammelband umfasst mit seinen insgesamt elf Artikeln das breite Spektrum des politischen Denkens von Michael Walzer. Wenn gleich die beiden Hauptwerke *Spheres of Justice* und *Just and Unjust Wars* wichtigere Bezugspunkte bilden als die übrigen Schriften von Walzer, finden auch sie Eingang in die einzelnen Beiträge. Der Leser gewinnt einen guten Eindruck von »Michael Walzers Staats- und Gesellschaftsverständnis« (so der Untertitel), da sowohl positive wie negative Aspekte von Walzer zur Sprache kommen und begründet werden. Abgesehen von Nebensächlichkeiten wie der gleichzeitigen Verwendung von alter und neuer Rechtschreibung oder gelegentlichen Fehlern in Interpunktion und Orthografie in einzelnen Artikeln ist der Band inhaltlich ein wertvoller Kommentar zu einem der großen politischen Theoretiker der Gegenwart. Es bleibt zu hoffen, dass Walzers Werke ebenso wie dieser Sammelband auf ein interessiertes Lesepublikum treffen.

Harald Bergbauer

Hakan ÖZKAN: Quo vadis Türkei? Zum Aufstieg der islamisch-konservativen Parteien in der Türkei und dessen Auswirkungen auf den EU-Beitrittsprozess, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 2013, 17,95 €

Ziel der Dissertation ist es, »historische und gegenwärtige Entwicklungen in der Türkei« unter Bezug auf »die Stellung der Religion in der Türkei« aufzuzeigen, »wobei der Aufstieg der islamischen

Konservativisten seit Adnan Menderes und Turgut Özal genauer beschrieben werden soll.« (13) Die Dissertation vermag es jedoch nicht, dieses höchst interessante und lohnende Vorhaben auch nur ansatzweise zu entfalten. Die Arbeit umfasst abzüglich der diversen Verzeichnisse und des Anhangs (der einzig aus einer mehrseitigen Tabelle diverser Kennzahlen besteht) weniger als 100 Seiten. Der »Arbeits-Methodik« überschriebene Abschnitt (17f.) ist nicht einmal 20 Zeilen lang!

Die eingearbeitete Sekundärliteratur wird weitgehend unkritisch übernommen. Eigene Recherchen, eigene Ansätze sowie über die (allzu) bekannte Standard-Sekundärliteratur hinausgehende Analysen fehlen völlig. In der wissenschaftlichen Literatur häufig verwendete und tradierte Theoreme wie das der »Zentrum-Peripherie-Linie« (42) werden unkritisch zugrunde gelegt. Höchst einflussreiche türkische Staatstheoretiker wie Ziya Gökalp (der nicht nur aus soziologischer Sicht bedeutsam ist, sondern bekanntlich auch für Erdogans Karriere), Mümtaz Turhan und Erol Güngör werden nicht einmal über die Sekundärliteratur eingearbeitet. Selbst Äußerungen des AKP-Vorsitzenden und Premierministers Recep Tayyip Erdoğan werden nur über Sekundärquellen erschlossen. Eine Auswertung der entsprechenden Internetseite scheint nicht einmal intendiert zu sein. Quantitative Verfahren sind zudem prinzipiell ausgeklammert. Empirische Erhebungen sind auf lediglich drei Interviews beschränkt.

Das sprachliche Niveau ist äußerst schlampig und wissenschaftlich inadäquat. Einige Beispiele aus insgesamt nur sechs Seiten Text: »Unter anderem wird bei der Betrachtung der Verhältnisse vor 2002 in der Türkei auf die Denkfamilie des Konservatismus berufen.« (30) Man kann den »politischen Konservatismus [...] aber als Reaktion auf die Erfolge des Liberalismus bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts verstehen und verfolgen.« (31) Lediglich ein längeres Zitat weiter heißt es dann: »Das trifft vor allem auf die Türkei in den 90er Jahren zu.« (31) Kapitel 2.2 endet wie folgt: »Diese [...] Entwicklungen ebneten den Übergang der türkischen Demokratie zu einer partizipierenden Dimension und die Erweiterung des politischen Feldes.« (35)

Der Aufbau der Arbeit ist vom Grundgerüst her nachvollziehbar und halbwegs überzeugend: Kapitel 1 beschäftigt sich mit einigen, wesentlichen »Begriffsdefinitionen«, nämlich Nationalstaat, Säkularismus, Laizismus und Kemalismus (wohlge-

merkt: ohne jegliche staatstheoretische Fundierung). Daran anschließend sollen auf insgesamt 13 Textseiten »Theoretische Grundlagen« behandelt werden. Vorgestellt werden (sollen) »politischer Realismus«, »Konstruktivistischer Ansatz« und »Interdependenztheorie«. Kapitel 3 geht sodann auf insgesamt 38 Textseiten (!) auf die innenpolitischen »Entwicklungen in der Türkei nach 1946« (bis heute) ein. Danach wird auf zehn Textseiten das »Verhältnis Türkei – Europäische Union« abgehandelt. Die nächsten 15 Seiten widmen sich den »Dimensionen eines EU-Beitritts der Türkei«. Kapitel 6 schließlich reflektiert auf weniger als zwei Seiten die »Erkenntnisse anhand der Interdependenz-Theorie, des politischen Realismus und des Konstruktivismus«. Abgerundet wird die Arbeit durch ein etwas mehr als zwei Seiten umfassendes »Resümee«.

Das Ungenügen der Arbeit liegt jedoch nicht nur im völlig unzureichenden Umfang – Indikator der ungenügenden Intensität und Tiefe der Analyse der jeweiligen Gegenstände –, sondern auch im Methodischen und Theoretischen. Dies beginnt insbesondere mit dem Abschnitt über die theoretische Fundierung (Kapitel 2). Wie bereits erwähnt fußt die Arbeit auf drei »theoretische[n] Grundlagen«. (28) Deren Wahl wird allein mit Hinweis darauf gerechtfertigt, dass sie »sowohl eine Betrachtung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei, als auch der innenpolitischen Lage ermöglichen.« (28) Weder werden die drei Begriffe jedoch je für sich exakt definiert und diskutiert, noch werden sie in ihrem angeblichen Zusammenspiel überzeugend erörtert.

Die innenpolitischen Entwicklungen, die im dritten Hauptkapitel abgehandelt werden, sind viel zu oberflächlich und unpräzise dargestellt. So wird die »Ära Özal, der Aufschwung Erbakans und die Rückkehr zum Konservatismus (1983 – 2002)« auf weniger zwei Seiten abgefertigt!

Eine eingehende Parteienanalyse findet nicht statt. Auf äußerst einflussreiche Bewegungen wie (der Muslimbrüderschaft auf/und) Milli Görüş oder die von Fetullah Gülen wird kaum Bezug genommen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der AKP und den Parteien und Strömungen, aus deren Umfeld sie entstand und mit denen, bzw. deren Nachfolgeorganisationen sie (zum Teil zumindest) nach wie vor interagiert, wird nicht geleistet. Das Nachwirken der letzten Militär-Diktatur (der 1980er Jahre) auf Parteien-, Staats- und Zivilgesellschaftsverständnis sowie die

Machtverhältnisse in Legislative, Exekutive, Judikative sowie insbesondere im Militärapparat wird nur sporadisch aufgezeigt. Die ethnisch-religiösen Konflikte, das sich gelegentlich durch Gewaltausbrüche entladende Konfliktpotenzial zwischen der dominanten sunnitischen Mehrheit mit ihren u.a. durch die AKP repräsentierten Wertvorstellungen und allen anderen religiös-ethnischen, aber auch intellektuell-kritischen Minderheiten wird weitgehend ausgeklammert. (Im letzten Jahr erschien hierzu eine interessante Dissertation von Anıl Al-Rebholz: *Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei, Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980*, Bielefeld, 2012. Siehe hierzu die Rezension in diesem Heft.) Das in diesem Zusammenhang (fast exklusiv) angesprochene Kurden-»Problem« wird in seiner Komplexität und Heterogenität nicht verstanden. Ereignisse wie das Pogrom vom September 1955 in Istanbul, der Brandanschlag vom Juli 1993 in Sivas, die Ermordung der Journalisten Uğur Mumcu im Januar 1993 und Hrant Dink im Januar 2007, werden kaum bzw. gar nicht erwähnt, geschweige denn eingehend reflektiert. Die derzeit schwierige Lage von regimekritischen Intellektuellen (wie Doğan Akhanlı und Pınar Selek), der Fakt, dass ca. 60 Journalisten inhaftiert sind, wird überhaupt nicht thematisiert. Eine fundierte Auseinandersetzung mit der AKP, ihren Abgeordneten, ihrer Programmatik, ihrer Kommunikations- und Klientelpolitik, ihren innerparteilichen Spannungen fehlt völlig.

Obwohl »die laufenden Verhandlungen der Türkei mit der EU« das »Kernstück der Arbeit« bilden sollen, (18) werden hierfür wichtige politische Aspekte ungenügend berücksichtigt. Insbesondere die wirtschaftspolitischen Aussagen sind äußerst dürftig. Statistische Bezüge basieren auf nur (insgesamt drei) OECD-Tableaus. Die für einen EU-Beitritt essentiellen Kopenhagener und Maastrichter (Konvergenz-)Kriterien werden nicht erwähnt und nicht diskutiert. Die Aussagen über das Bankensystem sind wenig fundiert. Als Gewährsfrau für »die zunehmende Ungleichverteilung des Wohlstands« (63) wird Charlotte Joppin genannt, obwohl sie sich in ihrer Dissertation gar nicht mit wirtschaftlichen Fragen, sondern mit dem Partei-Programm (Muhafazakar Demokrasi) der AKP auseinandersetzt. (Siehe hierzu die Rezension des Verfassers in der *ZfP* 3/2011, 361f.) Auf Türkei-spezifische Programme der EU wie

das *Instrument for Pre-accession assistance* (IPA) wird überhaupt nicht eingegangen.

Fazit: Dass diese Arbeit als Dissertation angenommen wurde, ist nicht nachvollziehbar. Der Verfasser bietet aus wissenschaftlicher Sicht keine neuen Erkenntnisse. Eigene Ansätze sind nicht einmal ansatzweise entfaltet. Selbst die Sekundärliteratur ist weder quantitativ noch qualitativ umfassend dargestellt. Wesentliche Aspekte der Thematik bleiben komplett ausgeklammert.

Georg Simet

Jan REHMANN: *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution. Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus*. Hamburg: Argument, 2013, 273 S., 24 €

»In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: Nun haltet den Mund und pariert. Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden... Nachher kann das Volk richten. Hat der Führer Fehler gemacht – an den Galgen mit ihm!« – Soweit Max Weber 1919 gegenüber Ludendorff, dem reaktionären Militärbefehlshaber des Deutschen Reichs während des Ersten Weltkriegs.

Auch diese Aussage Webers zur »Demokratie« zitiert Jan Rehmann in seiner kritischen Biographie über Max Weber (1864-1920), dem auch heute noch weltweit bekanntesten deutschen Soziologen. Webers Ruhm beruht erstens auf seiner These zum Zusammenhang von »protestantischer Ethik« und Kapitalismus. Zweitens auf seiner Vorstellung von bürokratischer Herrschaft. Drittens auf seinem Konzept von sozialem als sinnhaftem Handeln. In der akademischen US-Soziologie wird Weber bis heute als soziologischer Systemtheoretiker wahrgenommen und geschätzt.

Die erste Auflage von Rehmanns Weber-Buch erschien 1998. Die nun vorliegende zweite Auflage ist durch ein neues Vorwort erweitert. Der Kern der Weber-Kritik blieb unverändert. Es geht vor allem um das Leitkonzept von »Modernisierung« des vor dem ersten Weltkrieg als »ersten großen Schlachtfest des Todes« (Thomas Mann) recht spät industrialisierten und nach dessen Ende zu spät demokratisierten Deutschland: »passive Revolution« von oben. In vier Teilen: I. Modellamerikanismus, II. Modernisierungsprojekt, III. Wissenschaftslehre und IV. protestantisch-kapitalistischer Geist, zusammen 29 Kapitel nebst Anhang

(Anmerkungen, Abkürzungen, Literaturverzeichnis, Personen- und Sachregister) schildert Rehmann ausführlich Webers doppelte »Subjektkonstitution« und ihr Grundproblem: scharfsinniger Beobachter »einer historisch konstituierten« und zugleich »ideologischer Konstrukteur einer erst zu konstituierenden bürgerlichen Subjektivität« in Gestalt von »in die Zukunft gerichteter ... politischer Erziehung«.

»Weber tritt als politisch-ethischer *Reformator* auf, der den Kapitalismus in Deutschland nach einem puritanisch-amerikanistischen Muster modernisieren will ... Sichtbar wird ein hegemoniales Projekt, das die ethischen Anforderungen der anstehenden fordristischen Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft mit einer Umwälzung verknüpft, die ... den Massencharakter einer Volksbewegung angenommen hat.«

Der Münsteraner Soziologe Sven Papcke wies in seinen »Gesellschaftsdiagnosen« (1991) auf Widersprüchliches und Irrationales beim *homo politicus* Weber hin: klugen Hinweisen zur politischen Moderne entsprechen dumme Politsprüche zur »plebiszitären Führerdemokratie«. Diesen Widerspruch des politischen Weber beschreibt auch Rehmann: dessen über die sogenannte »Arbeiteraristokratie« als Schlüsselschicht und ihre sozial-integrative Ausrichtung erstrebtes »soziales Projekt einer Einbindung der Arbeiterklasse über ihre »voluntaristischen« Organisationen« ist »immer noch etwas grundlegend anderes als die faschistische Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung als ganzer. Allerdings sind auch hier die Gegensätze nicht ein für allemal festgelegt, denn beim Scheitern einer solchen Einbindung, wie es sich einem Großteil des Bürgertums am Ende der Weimarer Republik darstellen konnte, sind die Positionen durchaus zu faschistischen Lösungen des Integrationsproblems verschieben.«

Wie es Rehmann hier gelingt, eine Seite der Zwiespältigkeit Weber'scher Politvorstellungen begrifflich herauszuarbeiten – so fehlt diese konkrete Arbeit gelegentlich im Fachsoziologischen: etwa bei Webers verkürzter Setzung des »Streben[s] nach Einkommen« als »unvermeidlich letzte Triebfeder allen wirtschaftlichen Handelns«. Das zeigt Webers *eindimensionales Denken*. Ähnlich ist auch Webers zweckrationale »Engführung« in den soziologischen Grundbegriffen und besonders in seiner Herrschaftssoziologie eine *in-*

strumentale Verkürzung: der deutsch-skandinavische Soziologe Theodor Geiger (1891–1952) wies am Beispiel des Begriffs »Fluktuation« nach, dass bei jeder Begriffsbildung Sichtweisen und Perspektiven des Forschers einschlägig sind. Sie können – und müssen – in der sozialwissenschaftlichen »Anstrengung des Begriffs« kritisch bewusst gemacht werden.

Ein prominenter Kritiker hielt dieses Buch deshalb für wichtig, weil es zeige, wie Webers Leistungen »zu beerben« seien (W. F. Haug). Das ist weder im einzelnen noch im besonderen einsichtig. Angesichts der Entwicklung von Soziologie als Wissenschaft in den letzten hundert Jahren ist aber eine Erkenntnis im 1904 veröffentlichten Weber-Aufsatz zur »Objektivität« sozialwissenschaftlicher Erkenntnis« auch heute noch wichtig: die der *Berechtigung des Gedankenexperiments als kulturwissenschaftliche Methode*.

Richard Albrecht

Frank SCHALE, Ellen THÜMLER und MICHAEL VOLLMER (Hg.): *Intellektuelle Emigration. Zur Aktualität eines historischen Phänomens*. Wiesbaden: Springer VS, 2012, 254 S., 39, 95 €

Obwohl Migration in den letzten Jahren in den Blickpunkt politikwissenschaftlicher Forschung rückte und mittlerweile sogar wissenschaftliche Zeitschriften publiziert werden, die sich explizit diesem Thema widmen, nimmt das Interesse an intellektueller Emigration gerade in der englischsprachigen Politikwissenschaft erst langsam zu. Mit dem Wiedererstarken des klassischen Realismus in den Internationalen Beziehungen beginnt allerdings gegenwärtig eine Rückbesinnung auf den europäischen geisteswissenschaftlichen Kontext, in dem so viele Wissenschaftler ihre intellektuelle Sozialisation erfuhren, bevor sie nach ihrer Emigration die amerikanischen Sozial- und Geisteswissenschaften mitprägten. In der deutschsprachigen Politikwissenschaft war das Interesse an intellektueller Emigration seit jeher größer, was nicht zuletzt dem anfänglich als »brain drain« empfundenen Verlust und der Rückkehr einiger namhafter Wissenschaftler, wie Eric Voegelin, Ernst Fraenkel und Karl Loewenstein, wie Markus Lang in seinem Beitrag verdeutlicht, geschuldet ist. Vor allem Alfons Söllner, dem der Sammelband von Frank Schale, Ellen Thümler und Michael

Vollmer zu seiner Emeritierung gewidmet ist, hat die Forschung auf diesem Gebiet substantiell vorangetrieben.

Intellektuelle Emigration führt diese Tradition Söllners fort und bietet auf Grund seiner thematischen und konzeptionellen Offenheit ein Schaufenster der deutschsprachigen Forschungstätigkeit auf diesem Gebiet. In den verschiedenen Beiträgen werden sowohl Einzelschicksale, als auch Gemeinsamkeiten herausgearbeitet, unterschiedliche Disziplinen der Sozial- und Geisteswissenschaften begutachtet. Geographisch beschränken sich die Beitragenden nicht nur auf die Emigration in die Vereinigten Staaten, wie Bastian Mokosch mit seiner psychologisch-historischen Studie über André Gorz verdeutlicht. Allerdings ist diese intentionale Offenheit mit einer mangelnden thematischen Kohärenz erkaufte, die die Herausgeber zwar in ihrem Vorwort ansprechen, eine die verschiedenen Forschungsperspektiven zusammenführende Einleitung oder Schlussbemerkung wäre jedoch wünschenswert gewesen. Dies hätte es den Herausgebern ermöglicht, basierend auf den diversen Beiträgen, eine pointierte Skizze für zukünftige Forschungen zu entwerfen, wie es Lang in seinem exzellenten Artikel zwar andeutet, aber natürlich nicht leisten kann.

Gerade die drei letzten Beiträge von Mokosch, Lang sowie die Studie von Jens Leubner über Franz Neumann und das Recht der Wissensgesellschaft verdeutlichen jedoch die Stärken des Sammelbandes. Letzter zeichnet in seinem Beitrag das Werk Neumanns im Spannungsfeld zwischen Recht und Politik nach; ein Charakteristikum, das auch Vita und Denken anderer Emigrationswissenschaftler prägte, wie John Herz oder Hans Morgenthau. Leubner legt in seinem Beitrag nahe, dass Neumanns Streben in diesem Spannungsfeld der Demokratiefestigung verpflichtet war und er sich dabei vor allem für die Berücksichtigung des menschlichen Faktors, also insbesondere Emotionen, wie Angst, in der wissenschaftlichen Erfassung des politischen Raums einsetzte. Mit diesem Ansatz wird Neumann zunehmend von der kritischen und postmodernen Politikwissenschaft wiederentdeckt, die langsam ein zeitliches und geographisches differenzierteres Bild über ihre eigene Disziplin gewinnt, das über die Fokussierung auf die französische Postmoderne hinausgeht. Mokoschs Beitrag ist ebenfalls in vielerlei Hinsicht ein

bemerkenswerter Beitrag zur intellektuellen Emigrationsforschung. Mit seiner Gorz-Studie erweitert er nicht nur den Fokus um Wissenschaftler, die nicht in die USA auswanderten, und lädt damit nicht nur die Politikwissenschaft, und hier insbesondere die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen ein, ihre eigene Entstehungsgeschichte zu überdenken, sondern er analysiert ebenso pointiert den Einfluss der eigentlichen Emigrationserfahrung auf das Denken Gorzs. Damit stößt er ein Forschungsfeld auf, das bisher sträflicherweise kaum wissenschaftliche Beachtung gefunden hat. Obwohl der Emigrationserfahrung großen Raum bemessen wird, finden sich kaum Studien zum Einfluss dieser Erfahrung auf das Werk dieser Wissenschaftler. Wie Lang im abschließenden Beitrag jedoch andeutet, können Emigration, Entfremdung, Exil und Fremderfahrung zu neuen Denkweisen und Konzeptualisierungen in der Politikwissenschaft führen und versprechen damit einen differenzierteren Blick auf gegenwärtige Debatten oder können sogar Neue anstoßen. Exemplarisch diskutiert Lang dies am Beispiel der Diskussion um *global citizenship*. Er argumentiert, dass Emigrationsforschung »einer bislang noch recht geschichts- und traditionslosen und wenig koordinierten Bewegung gemeinsame Wurzeln ... geben« (S. 243-4) kann. Dadurch käme es in der *global citizenship* zu einer intensiveren Identitätsbildung und es böte sich die Möglichkeit ihre Erkenntnisse »in zeitgenössische Entwicklungen einzuordnen« (S. 244).

Mit *Intellektuelle Emigration* erbringen Schale, Thümmler und Vollmer den Nachweis, dass Chemnitz auch zukünftig das Zentrum der deutschsprachigen Forschung über »émigré scholars« sein wird. Ein thematischer Überbau wäre zwar wünschenswert gewesen, aber auch ohne einen solchen bietet der Band eine beachtenswerte Bestandsaufnahme dieses Forschungsgebiets und zugleich einen Ausblick auf weitere Betätigungsfelder, die nicht nur auf ideengeschichtliche Darstellungen beschränkt bleiben müssen. Gerade Untersuchungen zu Fragen der globalen politischen Vergesellschaftung könnten von einer näheren Betrachtung intellektueller Emigration profitieren.

Felix Rösch